

Wandt Manfred Versicherungsrecht

4. Auflage, München 2009, Carl Heymanns Verlag,
ISBN 978-3-452-26768-9, € 29.80.

MANFRED WANDT legt in vierter Auflage das von HANS-LEO WEYERS begründete Lehrbuch vor. Das Werk folgt seiner bisherigen Zielsetzung: Es beschränkt sich nicht auf eine isolierte Darstellung des Versicherungsvertragsrechts, sondern zeigt auch Zusammenhänge zum allgemeinen Vertragsrecht auf. Dies erleichtert dem schweizerischen Juristen den Zugang zum für ihn doch in mancherlei Hinsicht fremden deutschen VVG. Es hilft vor allem, Unterschiede zum schweizerischen Recht besser zu erkennen und zu verstehen. Illustratives Beispiel dafür ist die spannende Darstellung des neuen Rechts der Obliegenheiten.

Das Buch ist auch und vor allem ein Lehrbuch. Eine klare Gliederung, Zusammenfassungen am Schluss jedes Kapitels, als solche gekennzeichnete Abschnitte mit vertiefenden Erläuterungen sowie grafische Darstellungen komplizierter Tatbestände unterstützen die Studierenden beim Lernen. Neben dem allgemeinen Teil des Versicherungsvertragsrechts behandelt es die praktisch wichtigen Zweige der Haftpflicht-, Lebens- und Krankenversicherung. Damit vermittelt es einen Überblick über die wichtigsten Aspekte auch des besonderen Teils. Für ein Lehrbuch ist der Umfang mit 534 Seiten (Vorausgabe: 296) an oder vielleicht schon jenseits der Grenze dessen, was Studierende für die mit dem Versicherungsrecht zu erwerbenden Credits durchzuarbeiten bereit sind.

Aber auch der Praktiker wird gerne auf das Werk zurückgreifen. Ein umfangreicher wissenschaftlicher Apparat hilft dem Leser, sich rasch und zuverlässig einen Überblick über den Stand von Lehre und Rechtsprechung zu den ihn interessierenden Fragen zu verschaffen.

Insgesamt ein gelungenes Werk, zu dem der Verfasser nur beglückwünscht werden kann. Wie schon die Vorausgabe wird es auch in der Schweiz eine breite Verwendung finden. (sf)

Literatur im Überblick

Bücher

Neuerscheinungen

Adelmann Nina: **Die Grenzen der Inhaltskontrolle Allgemeiner Versicherungsbedingungen.**

Verlag Versicherungswirtschaft, Karlsruhe
2008. XXXVI, 203 Seiten, EURO 39.00. ISBN
978-3-89952-415-4.

Im Rahmen der Überprüfung Allgemeiner Versicherungsbedingungen stellt die Inhaltskontrolle für den Versicherungsnehmer das zentrale Schutzinstrument dar. In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bestehen jedoch bis heute keine einheitlichen Gesetzesgrundlagen und Rechtsauffassungen. Die Versicherung als «Rechtsprodukt» ist stark von den Vorgaben der nationalen Vertragsrechtsordnungen geprägt. Nicht zuletzt deshalb ist es der Versicherungswirtschaft bisher auch nicht gelungen, ein in sämtlichen Staaten verwendbares, standardisiertes Vertragsformular einzuführen. Erst mit einer Vereinheitlichung der in den Mitgliedstaaten geübten Kontrollpraxis kann der europäische Versicherungsbinnenmarkt verwirklicht werden.

Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist der Entwurf einer einheitlichen europäischen Regelung zur Inhaltskontrolle Allgemeiner Versicherungsbedingungen. In einem ersten Schritt werden die in Deutschland, England und Frankreich vertretenen Rechtsauffassungen untersucht. Die Untersuchung konzentriert sich dabei auf die in der Richtlinie 93/13/EG («Klauselrichtlinie») vorgesehene Beschränkung der Inhaltskontrolle auf Verbraucherverträge, die Beschränkung auf nicht individuell ausgehandelte Klauseln, die Ausnahme deklaratorischer Klauseln sowie die Ausnahme des Hauptgegenstands des Vertrags und der Angemessenheit des Preis-/Leistungs-Verhältnisses aus der Inhaltskontrolle.

Anschliessend wird eine europäische Regelung entworfen. Dieser Entwurf liegt Art. 2: 304 der Principles of European Contract Law, der von der Projektgruppe «Restatement of European Insurance Contract Law» kürzlich als Teil des Draft Common Frame of Reference of European Insurance Contract Law an die EU-Kommission abgeliefert wurde, zugrunde.

David Rosenthal/Yvonne Jöhri: **Handkommentar zum Datenschutzgesetz.** Schulthess Juristische Medien, Zürich 2008. 1171 Seiten, CHF 248.00/EURO 178.00. ISBN 978-3-7255-5564-2.

Das revidierte Datenschutzgesetz (DSG) ist auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt worden. Trotz der wach-